

Vorlage	Maßnahme	Beschlussvorschlag	Abstimmungsergebnis		
			ja	nein	geändert
1 11/395	Änderungsantrag B90/Die Grünen	Die Mittel für den Stadtteiltreff Broadway werden ggü. dem Ansatz der Verwaltung um 20.000 Euro erhöht.	x		
11/380	Änderungsantrag B90/Die Grünen	Die Aids-Hilfe wird weiterhin mit 28.000 Euro gefördert.		x	
11/243	a.) Gemeinschaftshaus Münchwiese b.) Soziale Einrichtungen	Die Zuwendungen für die AWO-Krebsnachsorge, dem Verein „Hilfe für Hörgeschädigte e.V. und die Aidshilfe werden gestrichen. Die Zuwendungen für das Gemeinschaftshaus Münchwiese und das Begegnungszentrum Broadway werden gekürzt.			x
11/390	Ergänzungsantrag der SPD	Das Bistum Hildesheim wird gebeten, aus seinem Topf für Projektmittel eine Finanzierung der Einrichtungen zu ermöglichen.		zurückgez.	
2 11/385	Änderungsantrag CDU/SPD	1. Es werden weiterhin keine Hallennutzungs-, Sportflächen- und Schwimmbadnutzungsgebühren von den Hildesh. Sportvereinen erhoben 2. Der Solidarbeitrag der Sportvereine wird um 150.000 Euro auf dann 300.000 Euro erhöht und somit verdoppelt. 3. Der Zuschuss zur Sportflächenpflege wird von derzeit 240.000 Euro auf 120.000 Euro halbiert 4. Die Verwaltung verhandelt mit den Vereinen über die eigenständige Organisation zur Vergabe der Sporthallen 5. Zwischen der Stadt und den Hi. Sportvereinen wird dieses Beschlussergebnis in einem rechtswirksamen Vertrag mit einer Laufzeit beginnend ab 01.01.12 fest vereinbart.			x
11/386	Änderungsantrag Bündnis!	1. Die Vereinbarung mit den Sportvereinen wird für einen Zeitraum von 2 Jahren (HH 2012/2013) festgeschrieben. 2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Sportvereinen ein Konzept zu erarbeiten, das die Sportförderung der Stadt von der pauschalen Förderung auf ein an der Nutzung der Sportstätten- und einrichtungen basierendes System umstellt. Das Konzept soll ab HHJ 2014 gelten. Der Schwerpunkt soll auf Förderung des Kinder- und Jugendsports liegen. Dem Fachausschuss ist vierteljährlich über den Stand der Arbeit zu berichten.		x	
11/314	Strukturwechsel in der Sportförderung der Stadt Hildesheim mit dem Ziel einer wirtschaftlicheren Nutzung von Sportflächen sowie einer höheren Steuerungsrelevanz	Die Ratsbeschlüsse vom 14.12.2009 zum Solidarbeitrag der Sportvereine sowie der Ratsbeschluss aus den 70er Jahren hinsichtlich der Befreiung der Sportvereine von Pacht- und Erbpachtzahlungen sowie der Befreiung von der Unterhaltungspflicht der Sportplätze werden aufgehoben. Ab 2012 werden von den Vereinen Entgelte für die Nutzung von Sport- und Schwimmhallen gemäß der Sitzungsvorlage erhoben, der Sportflächenpflegezuschuss an die Sportvereine wird abgeschafft und es werden Pachten / Erbpachten für die Vereinsgrundstücke erhoben. Die Verwaltung wird eine Entgeltordnung für die Hallennutzung erarbeiten und ein gerechtes Modell für die Erhebung von Pachten und Erbpachten entwickeln.		x	

Vorlage	Maßnahme	Beschlussvorschlag	Abstimmungsergebnis		
			ja	nein	geändert
3 11/386	Änderungsantrag Bündnis!	1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem jetzigen Betreiber sowie – falls vorhanden weiteren Interessenten über den Betrieb des Freibades ab dem 01.01.2012 zu verhandeln 2. Die Vertragslaufzeit beträgt fünf Jahre 3. Die Einsparung für beide Bäder beträgt mindestens 350.000 Euro. 4. Der Vertrag muss die Garantie des Betreibers beinhalten, dass er das Bad für den ges. Vertragszeitraum betriebssicher und ohne Nachforderungen für Investitionen betreiben wird 5. Ein Bestandteil des Vertrages muss ein konkreter Investitionsplan mit zeitlicher Festlegung der Investitionsmaßnahmen sein		x	
11/387	Änderungsantrag CDU/SPD/B90/Die Grünen	1.) Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem jetzigen Betreiber sowie -falls vorhanden- weiteren Interessenten über den Betrieb des Freibades Johanniswiese ab 01.01.12 zu verhandeln. 2.) Mindestvoraussetzungen hierfür sind ein 10-jähr. Betreibervertrag und die Einbeziehung der Vereine. 3.) Die Einsparung für beide Bäder beträgt für die Betriebsführung mind. 350.000 Euro beginnend ab 2012.	x		
11/315	Umwandlung des Freibades Johanneswiese in ein Genossenschaftsbad	Nach dem Auslaufen des jetzigen Vertrages mit der Sportwelt Hildesheim (31.12.2011) wird das Freibad Johanniswiese nicht mehr als „städt. Einrichtung“ weiterbetrieben. Das Bad soll zukünftig durch ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern als Genossenschaftsbad betrieben werden. Die Genossenschaftsgründung in Kooperation mit der Volksbank wird vorbereitet.		x	
4 11/388	Änderungsantrag SPD/CDU	Der Zuschuss zum Roemer u. Pelizaeus-Museum wird 2012 und 2013 um jeweils 100.000 Euro reduziert. Die Umsetzung der Einsparung obliegt der Geschäftsführung.	x		
11/317	RPM und Stadtmuseum	Die beiden Museen RPM und Stadtmuseum – stadtgeschichtliche Sammlung werden unter einem Dach (Am Steine) zusammengeführt. Falls hierzu erforderlich wird der Vertrag über die Betriebskostenzuschussvereinbarung fristgerecht im Juli 2011 (1 Jahr Kündigungsfrist) gekündigt. Ansonsten wird eine einvernehmliche rechtliche und inhaltliche Integration der Aufgabe Dauerpräsentation der stadtgeschichtlichen Sammlung in die GmbH angestrebt. In einem ersten Schritt werden für 2012 die Zuschüsse um 200.000,00 € abgesenkt. Das Erarbeiten und Umsetzen der sich hieraus ergebenden konzeptionellen Änderungen obliegt der Geschäftsführung (Zusatz FinA)		x	
5 11/382	Änderungsantrag CDU/SPD/Bündnis!	1.) Der Vertrag mit der Musikschule wird zum 31.12.2014 gekündigt. 2.) Die finanziellen Verpflichtungen bis zum Ende der Vertragslaufzeit werden eingehalten, die Stadt wird keineswegs vertragsbrüchig. 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, bereits für die HHJ 2012/2013/2014 eine andere Finanzierungsform (Dritte, Sponsoring etc) zu finden, um den städt. Haushalt zu entlasten und das gesteckte Ziel des Zukunftsvertrages zu erreichen. 4.) Ab 2015 wird der Musikschule ein städt. Zuschuss i.H.v. max. 255.000 Euro gewährt. Dieser Zuschuss reduziert sich um die zusätzlichen Drittmittel.	x		
11/323	Musikschule	Der Vertrag mit der Musikschule wird im Jahr 2013 fristgerecht zum 31.12.2014 gekündigt.		x	
6 11/327-1	Änderungsbeschlussv. Verwaltung	Der Zuschuss für die VHS wird 2012 in Höhe von 35.800,-- € abgesenkt. Der bestehende Vertrag wird 2013 fristgerecht zum 31.12.2014 gekündigt.		x	

Vorlage	Maßnahme	Beschlussvorschlag	Abstimmungsergebnis		
			ja	nein	geändert
11/384	Änderungsantrag CDU/SPD/Bündnis!	1.) Der Vertrag mit der VHS wird z. 31.12.14 gekündigt 2.) Die fin. Verpflichtung bis zum Ende der Vertragslaufzeit werden eingehalten, die Stadt wird keinesfalls vertragsbrüchig 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, bereits für die HHJ 2012/2013/2014 andere Finanzierungformen (Dritte, Sponsoring etc.) zu finden, um den städt. Haushalt zu entlasten und das gesteckte Ziel des Zukunftsvertrages zu erreichen. 4.) Ab 2015 wird mit der VHS ein neuer Vertrag mit einem städt. Zuschuss i.H.v. 300.000 Euro abgeschlossen. Dieser Zuschuss reduziert sich um die zus. Mittel, die sich aus der mgl. Übergabe des Gebäudes Pfaffenstieg 4-5 oder andere durch die Stadt oder durch städt. Betriebe erbrachter Leistungen ergeben. 5.) In der Aufstellung Maßnahmevorschlag wird der Gesamtbetrag von 88.200 Euro jährlich aufgenommen. Davon sollen 38.820 € jeweils 2012 und 2013 erbracht werden sowie ab 2014 weitere 10.560 Euro.	x		
11/327	VHS (Hildesheimer Volkshochschule e.V.)	Der Zuschuss für die VHS wird 2012 in Höhe von 100.000,-- € abgesenkt. Der bestehende Vertrag wird 2013 fristgerecht zum 31.12.2014 gekündigt.			
7	11/380	Änderungsantrag B90/Die Grünen	Die Förderung der sonst. Kulturpflege wird unverändert mit 30.000 Euro pro Jahr fortgesetzt	x	
	11/391	Änderungsantrag der SPD	Der Ansatz für die Förderung der sonst. Kunstpflege wird ab dem HHJ 2012 um 10.000 Euro auf dann 20.000 Euro reduziert.		zurückgez.
	11/363	"Reptilienfonds"	Der Ansatz für die Förderung der sonstigen Kunstpflege wird ab dem Haushaltsjahr 2012 gestrichen.		x
8	11/377	Änderungsantrag der FDP	Der Hebesatz der Grundsteuer B wird von derzeit 460 Punkten auf max. 500 Punkte angehoben.		x
	11/321 11/321-1	Erhöhung der Realsteuern	Der Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Hildesheim wird zugestimmt.	x	
9	11/380	Änderungsantrag B90/Die Grünen	Alle Kinder- u. Jugendhäuser erbringen zus. einen Einsparungsbetrag i.H.v. 70.000 Euro. Ziel ist Erhalt aller bestehenden Kinder- und Jugendhäuser		zurückgez.
	11/389-1	Änderungsantrag SPD/CDU	Der Schließung des Kinder- und Jugendhauses wird nicht zugestimmt. In HHST 36600 werden insges. 121.800 Euro eingespart, was ermöglicht, alle Kinder- und Jugendhäuser zur Sicherung der Grundversorgung zu erhalten.	x	
	11/389	Änderungsantrag SPD/CDU	In HHST 36600 werden insges. 50.000 Euro eingespart, was ermöglicht, alle Kinder- und Jugendhäuser zur Sicherung der Grundversorgung zu erhalten.		zurückgez.

Vorlage	Maßnahme	Beschlussvorschlag	Abstimmungsergebnis		
			ja	nein	geändert
11/367	Einsparungen in der Jugendarbeit	Die Einsparungen werden wie dargestellt vorgenommen. Der Vertrag für den Betrieb des Jugendtreffs Ochtersum wird nicht verlängert. Der Betriebskostenzuschuss für den Jugendtreff in der Oststadt wird bei Vertragsverlängerung ab 01.01.2015 um 10.000 € gekürzt.		x	
	<b>Ergänzungsantrag B90/Die Grünen</b>	<b>Die Jugendsozialarbeit wird auch nach Umsetzung der oben genannten Maßnahmen fortgesetzt. Die Verwaltung legt dem zuständigen Fachausschuss hierzu zeitnah Konzepte vor, wie die Arbeit zukünftig umgesetzt werden soll.</b>	x		
11/368	Einsparungen in der Jugendsozialarbeit	Den geplanten Maßnahmen zur Kosteneinsparung und den damit verbundenen konzeptionellen Veränderungen wird zugestimmt.	x		
ab hier:	en-bloc-Abstimmung (wenn kein Widerspruch)				
11/297 11/297-1	Personalkostenkonsolidierung	1. Um der Verwaltung ein zeitlich und inhaltlich flexibles Handeln in der Umsetzung von Personal- und Organisationsentscheidungen zu ermöglichen, wird der Ratsbeschluss vom 14.06.2010 zum Einstellungsstopp dahingehend abgeändert, dass über Ausnahmen künftig nicht mehr der Verwaltungsausschuss sondern der Oberbürgermeister entscheidet. 2. Die Verwaltung wird verpflichtet, mindestens vierteljährlich über Maßnahmen und Ergebnisse ihrer Einsparbemühungen zu berichten. 3. Unter dem Aspekt der zukunfts- und bedarfsorientierten Personalausstattung und damit auch Ausbildung wird auf die Umsetzung des Ratsbeschlusses 11/050 zur Schaffung und Besetzung zusätzlicher Ausbildungsplätze verzichtet.			x
11/231	Papierverzicht in allen Gremien	Ab dem 01.11.2011 werden sämtliche Unterlagen für alle Gremien nur noch elektronisch über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Auf eine separate Entschädigung wird verzichtet. Die Änderung der Satzung über die Gewährung von Entschädigungen an Ratsmitglieder, sonstige Mitglieder von Ausschüssen und Ortsratsmitglieder sowie die Geschäftsordnung des Rates wird zum 01.11.2011 vorgenommen.	x		
11/335	Bekanntmachungen	Die homepage "www.hildesheim.de" wird als ortsübliche Bekanntmachung festgesetzt. Die Änderung der Hauptsatzung zum 01.11.2011 wird vorgenommen.	x		
11/292	Kürzung des Zuschusses an den Bezirksverband Hildesheimer Gartenfreunde e.V. zur Verbesserung und Verschönerung von Kleingartenanlagen	Der Kürzung des Zuschusses an den Bezirksverband Hildesheimer Gartenfreunde e.V. zur Verbesserung und Verschönerung von Kleingartenanlagen ab 2012 auf jährlich 1,40 € je Kleingarten wird zugestimmt.	x		

Vorlage	Maßnahme	Beschlussvorschlag	Abstimmungsergebnis		
			ja	nein	geändert
11/302	Rekommunalisierung der Rettungsdienstabrechnung	Die Rettungsdienstabrechnung wird ab dem 01.01.2012 von der Stadt Hildesheim mit eigenen Mitarbeitern durchgeführt. Dazu wird der Vertrag mit dem privaten Dienstleister fristgerecht zum 30.06.2011 gekündigt. Für die o.g. Aufgabe werden folgende Personalressourcen bewilligt: 1. Es werden 3 Vollzeit-Stellen voraussichtlich der Entgeltgruppe E5 ab Stellenplan 2012 bereitgestellt. 2. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 können die Stellen bereits in 2011 besetzt werden Die erforderlichen Mittel für in 2011 umzusetzende Investitionen in Höhe von 35.000,- € werden über den Nachtragshaushalt 2011 zur Verfügung gestellt. 3.) Es werden keine neuen Mitarbeiter/innen für diese Aufgabe eingestellt. Die erforderlichen Stellen werden im Stellenplan an anderer Stelle gestrichen. (Zusatz aus FinA und FeuReA)	x		
11/353	Ausschüttung Stadtwerke	Die Gewinnausschüttung der Stadtwerke Hildesheim AG an die Stadt wird wie oben beschrieben auf einen Festbetrag i.H.v. 2,2 Mio. € für die Jahre 2012 bis 2014 erhöht.			x
11/241	Service Agentur Lebensraum Hildesheim	Die Finanzierung der Service Agentur Lebensraum Hildesheim wird über das Jahr 2012 hinaus nicht verlängert.	x		
11/265	Erhöhung der Wochenmarktgebühren Änderung der Marktgebührensatzung	Der 4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Wochenmärkte vom 20.12.1993 wird zugestimmt.	x		
11/304	Erhöhung des Ausgleichsbetrages für Einstellplatzverpflichtungen - Änderung der Ablösungssatzung	Die 2. Änderungssatzung zur Ablösungssatzung wird mit dem aus der Anlage ersichtlichen Wortlaut beschlossen.	x		
11/246	Gemeinnützige Baugesellschaft zu Hildesheim AG (gbg) - Erlöse	Die Erhöhung der Gewinnabführung der Gemeinnützigen Baugesellschaft zu Hildesheim AG erfolgt in einer Höhe von ca. 73.500 Brutto (Netto: 62.000 Euro). Die Formulierung des Finanzziels innerhalb der Zielvereinbarung vom 10.08.2005 bzw. dessen letztmalige Änderung gem. Ratsbeschluss vom 13.12.2010, Vorlage-Nr. 10/397 zwischen der Stadt Hildesheim und der Gemeinnützigen Baugesellschaft zu Hildesheim AG wird angepasst.	x		
11/359	Verkauf von Gebäuden	Den aufgezeigten Maßnahmen zur Veräußerung bzw. dem Rückbau von Anlagevermögen (nicht betriebsnotwendige Gebäude) zur nachhaltigen Reduzierung von Unterhaltungsaufwand und Abschreibungen wird zugestimmt.	x		
11/312	Anhebung der Kilometergrenze für die Schülerbeförderung ab Klasse 5	Mit dem Landkreis Hildesheim sind Verhandlungen darüber aufzunehmen, dass die Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Hildesheim in der Form geändert wird, dass die Mindestentfernungen, nach denen ein Anspruch auf eine kostenlose Schülerbeförderung besteht, von zurzeit 2.000 m auf: 2.000 m für die 1. - 4. Klasse (wie bisher) 4.000 m für die 5. - 10. Klasse 8.000 m für Schüler/innen der Berufseinstiegsschule und die Schüler/innen der ersten Klassen von Berufsfachschulen - soweit sie diese ohne Sekundarabschluss I besuchen - angehoben wird.	x		

Vorlage	Maßnahme	Beschlussvorschlag	Abstimmungsergebnis		
			ja	nein	geändert
11/329	Stadtbibliothek	Die 9. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Hildesheim über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) wird beschlossen.	x		
11/324	BBK (Bund bildender Künstlerinnen und Künstler) und Kunstverein	Der Zuschuss für den BBK wird komplett gestrichen und der Zuschuss für den Kunstverein wird um rd. 30 % auf 5.000,- € reduziert.	x		
11/325	Cyclus 66 e.V.	Der jährliche Zuschuss für den Cyclus e.V. wird ab 2013 um 5.000,- € reduziert.	x		
11/318	Aufnahme von Verhandlungen mit der Ev.-luth. Landeskirche Hannover mit dem Ziel, den jährlichen Sachkostenzuschuss für das Gymnasium Andreanum zu reduzieren	Mit der Ev.-luth. Landeskirche Hannover sind Verhandlungen mit dem Ziel der Zuschussreduzierung aufzunehmen. Der städtische Zuschuss soll sich künftig auf die in der Vorlage dargestellte jährliche Summe je Schüler/in mit Wohnsitz in der Stadt Hildesheim beschränken.	x		
11/319	Erhöhung der Hundesteuer	Der 6. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Hildesheim vom 20.11.1989 wird zugestimmt.	x		
11/320	Erhöhung der Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte	Der 2. Änderung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Hildesheim vom 22.05.2006 wird zugestimmt.			x
11/358	Einführung der Beherbergungssteuer	Der Satzung zur Erhebung einer Beherbergungsteuer in der Stadt Hildesheim wird zugestimmt.	x		

Zusätzliche Maßnahmen im Kontext des Zukunftsvertrages, die nicht durch den Lenkungsausschuss Zukunftsvertrag vorberaten wurden:

Vorlage	Maßnahme	Beschlussvorschlag	ja	nein	geändert
11/362	Verringerung der Kapitaleinlage der Stadt Hildesheim an die Hildesheim Marketing GmbH	Die von der Stadt Hildesheim an die Hildesheim Marketing GmbH gezahlte jährliche Kapitaleinlage in Höhe von 1.000.000 EURO wird in den Geschäftsjahren 2012 und 2013 jeweils um 150.000 EURO auf dann 700.000 EURO verringert.	x		
11/373	Einsparungen in den sonstigen Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienpflege	1. Auslauf des Projektes "Willkommen im Leben" ab 2012. Einspareffekt 11.600,- € für die Nichtweiterbeschäftigung einer geringfügig Beschäftigten und Wegfall der Zahlung der Aufwandsentschädigung für die Erziehungslotsen. Berücksichtigt sind davon Personalkosten in Höhe von 6.300 €. 2. Einstellung der Zahlung der Aufwandsentschädigung für den Einsatz der Erziehungslotsen im Bereich Erziehungshilfen ab 2012 in Höhe von 3.000,- €. 3. Weitere Kürzungen in Höhe der Restsumme werden in den Haushaltsberatungen 2012 ermittelt.	x		

Mitteilungsvorlagen:

Vorlage	Maßnahme	Inhalt	ja	nein	geändert
---------	----------	--------	----	------	----------

Vorlage	Maßnahme	Beschlussvorschlag	Abstimmungsergebnis		
			ja	nein	geändert
11/372	Einsparung beim Produkt 24300 "Sonstige schulische Aufgaben"	Da eine Einsparung in Höhe von 60.000 € beim Produkt 24300 nicht in voller Höhe erbracht werden kann, wurde die Summe auf die andere Produkte verteilt.	K.g.		